

Antrag

der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Dr. Thomas Feist, Michael Kretschmer, Albert Rupprecht (Weiden), Florian Hahn, Eberhard Gienger, Monika Grütters, Michael Grosse-Brömer, Anette Hübinger, Dr. Stefan Kaufmann, Ewa Klamt, Axel Knoerig, Stefan Müller (Erlangen), Dr. Philipp Murmann, Tankred Schipanski, Uwe Schummer, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Sylvia Canel, Patrick Meinhardt, Dr. Peter Röhlinger, Florian Bernschneider, Reiner Deutschmann, Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP

Stärken von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Bildung sichtbar machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Gewährleistung guter Bildung für die jungen Menschen in unserem Land ist als Fundament für ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht allein der Staat ist gefragt. Auch die Beiträge Einzelner, von zivilgesellschaftlichen Akteuren bis hin zu den vielfältigen Trägern auf allen staatlichen Ebenen, im Rahmen einer tatsächlichen Bildungspartnerschaft sind entscheidend für ein erfolgreiches und starkes Bildungssystem. Ziel der Bildungspolitik muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen faire Teilhabe- und Bildungschancen zu eröffnen.

Der demographische Wandel und eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems sind nur einige der Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt. Auch der ausgeprägte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen bleibt eine große Herausforderung.

Eine zentrale bildungspolitische Herausforderung ist die Bekämpfung von Bildungsarmut. Ihr kommt gerade auch in Zeiten eines sich verstärkenden Fachkräftemangels eine weiter gesteigerte Bedeutung zu. Für die Erhaltung und Mehrung des Wohlstands unserer Gesellschaft ist der Zugang zu guter Bildung ein entscheidender Schlüssel. Gute Bildung ist zudem ein Garant für Zusammenhalt in unserem Land und die Grundlage für persönliche Entfaltung.

Mehr als ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland im Alter von unter 18 Jahren wachsen ausweislich des nationalen Bildungsberichts 2010 in mindestens einer sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolage auf. Etwa ein Fünftel aller 15-Jährigen gehört zur sogenannten PISA-Risikogruppe (PISA = Programme for International Student Assessment). Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überproportional häufig betroffen. Diesen Kindern und Jugendlichen wird der Übergang ins Erwerbsleben nur mit erheblichen

Schwierigkeiten gelingen. Deshalb brauchen diese bildungsbenachteiligten jungen Menschen unsere besondere Förderung. Dies gilt ganz besonders mit Blick auf die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihrer sozialen Kompetenzen. Der Schlüssel dafür ist kulturelle Bildung. Der Kompetenznachweis Kultur ist unter anderem ein geeignetes Zertifizierungsinstrument, um die sozialen Schlüsselkompetenzen abzubilden.

Die Ergebnisse des 2. Jugend-KulturBarometers zeigen: Es fehlt „an nachhaltigen kulturellen Bildungsprogrammen, die in der Fläche verankert sind“. Weiter mangelt es an einer stärkeren inhaltlichen Vernetzung von schulischen mit außerschulischen Angeboten kultureller Bildung. Mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ liefert der Bund die richtige Antwort und wird seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wollen benachteiligten Kindern und Jugendlichen unabhängig von der Förderung im Elternhaus ein gutes Rüstzeug mit auf ihren Bildungsweg geben. Unser Ziel ist es, die Erfahrungen und Kompetenzen der Zivilgesellschaft, von Vereinen, Gruppen und ehrenamtlich Tätigen bewusst einzubeziehen und sie in ihrem Engagement zu fördern. Bereits 2013 wird der Bund die ersten lokalen Bündnisse für Bildung deutschlandweit unterstützen. Vor Ort werden die besten Lösungen gefunden.

Die außerschulischen Angebote im Rahmen der Bündnisse für Bildung haben ihren Schwerpunkt in der kulturellen Bildung. Sie richten sich an benachteiligte Kinder und Jugendliche und werden von wenigstens drei Kooperationspartnern durchgeführt. Sie schließen sich auf lokaler Ebene in zivilgesellschaftlich getragenen Bündnissen für Bildung zusammen. In den Bildungsbündnissen kümmern sich die Kooperationspartner aus unterschiedlicher Perspektive um benachteiligte Kinder und Jugendliche. Bündnispartner können zum Beispiel Stiftungen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Schulfördervereine, Sportvereine oder auch andere Vereine, Musik-, Jugend- und Theatergruppen und Chöre sein. Kindertagesstätten oder Schulen können auch als Kooperationspartner einbezogen werden.

Das Programm ist auf fünf Jahre angelegt. Im ersten Programmjahr stellt der Bund bis zu 30 Mio. Euro für die Bildungsbündnisse zur Verfügung. In den folgenden Jahren sollen die Projektmittel auf bis zu 50 Mio. Euro gesteigert werden. Gefördert werden sollen beispielsweise Educationprogramme, Ferienfreizeiten mit kulturellem Schwerpunkt oder auch Paten- und Mentorenprogramme, in denen junge Menschen Vorbildern begegnen und Begleitung finden. Auch Maßnahmen zur Leseförderung bzw. zur Verbesserung der Medienkompetenz oder Kunst-, Theater- und Kulturprojekte sollen außerschulische Angebote von Bündnissen für Bildung sein.

In den außerschulischen Bildungsangeboten der Kooperationspartner der Bildungsbündnisse erfahren bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche eine Unterstützung und Stärkung in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und damit auch ihres Selbstbewusstseins. Sie machen die wichtige Erfahrung, was persönliche Wertschätzung bedeutet. Das Erlebnis im Rahmen der Angebote, gebraucht zu werden und selbst etwas gestalten zu können, kann jungen Menschen Anerkennung vermitteln, sie in ihrem Selbstbewusstsein stärken und dazu ermutigen, selbst für ihr Leben Verantwortung zu übernehmen.

Mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ unterstützt der Bund Kinder- und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Ihnen werden mit der Förderung nicht nur neue Bildungshorizonte eröffnet, sondern es wird auch ein Beitrag dazu geleistet, dass mittelfristig zunehmend mehr Jugendliche ihr Leben selbst in die Hand nehmen und ein Leben in Freiheit und Verantwortung genießen können, ohne auf soziale Transfers angewiesen zu sein. Dies ist gut für die Betroffenen, aber auch für die ganze Gesellschaft.

Die Eröffnung neuer Bildungschancen, eine breite Bürgerbewegung für gute Bildung und eine stärkere Vernetzung verschiedener Bildungsakteure vor Ort, landes- und bundesweit, sind die drei zentralen Ziele, die der Bund mit den Bündnissen für Bildung verfolgt.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Bundesregierung die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP konsequent umsetzt, „gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft [zu] erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung [zu] verstärken“ und kulturelle Bildung dabei auch als Mittel der Integration versteht;
- dass die Bundesregierung vielfältige Aktivitäten der kulturellen Bildung mit bundesweiter Bedeutung unter unterschiedlichen Perspektiven insbesondere durch drei maßgebliche Akteure fördert: das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien;
- dass von diesen Akteuren in dieser Legislaturperiode bemerkenswerte Anstrengungen unternommen worden sind, um kulturelle Bildung als Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichtbar zu machen, Initiativen zu ergreifen und entsprechende Aktivitäten verlässlich zu finanzieren;
- dass mit der „Allianz für Bildung“ ein Dach für die lokalen Bildungsbündnisse geschaffen wurde, um so eine Vernetzung gerade im Bereich der kulturellen Bildung sicherzustellen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Bedeutung der kulturellen Bildung durch eine weiterhin verlässliche Unterstützung entsprechender Projekte und Infrastrukturen zu stärken und entsprechend zu würdigen;
- ihr Engagement für eine starke kulturelle Bildung fortzusetzen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass Angebote kultureller Bildung von einer breiten Bewegung für bessere Bildungschancen mit unterstützt werden;
- in den von ihr dauerhaft geförderten kulturellen Einrichtungen kulturelle Vermittlung als Kernaufgabe anzusehen;
- deutschlandweit Bündnisse für Bildung zu unterstützen, die sich vor Ort aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzen und deren Anliegen es ist, bildungsbenachteiligte Kinder durch außerschulische Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der kulturellen Bildung zu fördern;
- ein Expertengremium einzuberufen, das die eingereichten Förderkonzepte begutachtet und die geeigneten Maßnahmen zur Förderung auswählt;
- die Möglichkeit zu prüfen, in welchem Rahmen die einzelnen Projekte und Fördermaßnahmen der Bildungsbündnisse durch das Expertengremium während des festgeschriebenen Förderzeitraums begleitet werden können;
- zu prüfen, welche Zertifizierungsinstrumente zur Bewertung der pädagogischen Qualität der Maßnahmen zur Verfügung stehen;
- sicherzustellen, dass die im Rahmen der Bildungsbündnisse geförderten außerschulischen Maßnahmen entsprechend ihrem Bildungscharakter einem klaren pädagogischen Konzept folgen und qualitätsgesichert sind – dabei sollten sich die lokalen Akteure nach Möglichkeit untereinander vernetzen;

- darauf hinzuwirken, dass die Arbeit der Bildungsbündnisse auch über den veranschlagten Förderzeitraum hinaus fortgeführt werden kann;
- das Engagement und die Strukturen der Schulfördervereine zu berücksichtigen und das Zusammenwirken von Schulen und außerschulischen Partnern bei der Ausgestaltung der Bildungs- und Kulturarbeit zu unterstützen;
- zu gewährleisten, dass durch die Bündnisse für Bildung keine bestehenden Maßnahmen der Partner ersetzt werden und sich diese an den konkreten Gegebenheiten vor Ort orientieren;
- sich dafür einzusetzen, dass Fortbildungsmaßnahmen für Anbieter außerschulischer Bildungsmaßnahmen ermöglicht werden;
- die Möglichkeit zu eröffnen, dass die geförderten Verbände oder Initiativen in regelmäßigen Abständen weiter zusammenkommen, um sich bundesweit wie lokal zu vernetzen und über den Austausch von Best Practice voneinander zu lernen;
- für die Arbeit der Bildungsbündnisse nach einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren eine Zwischenevaluierung durchzuführen und auf der Grundlage der Ergebnisse die Umsetzung der Bündnisse gegebenenfalls zu verbessern;
- sicherzustellen, dass das Antragsverfahren für das Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ administrativ so einfach wie möglich ausgestaltet wird.

Berlin, den 26. Juni 2012

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Rainer Brüderle und Fraktion